

Soziale-Zeitung

Dreizehntausendster Jahrgang.

Anzeige
werd. 2. 7gepost. 38mm dr. Kolonial-
zeits oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenvermittlungen
angenehmer. Reflektoren die 92 mm
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
Annahmestellen bezm. 11 Uhr,
für die Sonntags- u. abends
u. Libr. Abstellungen, soweit mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a. Gr. Geschäfts-
haus. 17. Lieben-Straße. 1. März 24 und große Ulrichstr. 52.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich
4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark
anschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsvorzeichnis unter
Soziale-Zeitung eingetragen. Für un-
ter keine Gewähr übernommen.
Nachdruck der Quellen-
angabe „Soziale-Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 172.

Halle, Freitag, den 11. April.

1919.

Rücktritt des Reichsfinanzministers.

Eine Reichsaktion gegen die gestern in Braunschweig ausgerufenen Kätereplik wahrscheinlich.

Berlin, 11. April (Eig. Drahtnachricht). Der Reichsfinanzminister Dr. Schiffer hat, wie die B. Z. erfährt, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. In Berliner politischen Kreisen wird erklärt, daß der Rücktritt ausschließlich auf persönliche Gründe zurückzuführen sei. Die Koalition der drei Linkparteien, also der Bestand des Kabinetts Scheidemann, werde dadurch nicht berührt. Eine Entscheidung über das Rücktrittsgesuch Schiffers ist bis zur Stunde noch nicht gefallen. Wie verlautet, ist Reichsfinanzminister Schiffer gestern den Tag über in Berlin gewesen und heute früh nach Weimar abgereist. Im Reichsfinanzministerium war bis heute mittag noch keine Nachricht über den Rücktritt Schiffers eingetroffen.

Die Kätereplik in Braunschweig ausgerufen.

Kein Drahtverkehr mit Braunschweig.
Berlin, 11. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Mitteilung, die Berliner amtlichen militärischen Stellen zugegangen ist, wurde in der letzten Nacht in Braunschweig die Kätereplik bereits proklamiert. Eine Bestätigung dieser Mitteilung steht aber noch aus und ist auch schwer zu erhalten, da das Land Braunschweig vom übrigen Deutschland abgeschnitten ist. Seit gestern nachmittag werden sämtliche Eisenbahnzüge, die von Berlin in westlicher Richtung fahren oder nach Berlin abgehen sollen, angehalten und nicht weitergelassen. Ebenso ist der telephonische und telegraphische Verkehr mit Braunschweig unterbunden. Der gleichen Meldung zufolge ist die Stimmung in Braunschweig außerordentlich ernst. Gestern fanden den ganzen Tag über Kundgebungen statt, die bis in die Nacht hinein dauerten. Aus Regierungskreisen verlautet, daß das Reichsministerium zu den Vorgängen in Braunschweig bis jetzt noch nicht Stellung genommen hat, da noch nähere Mitteilungen über die dortigen Ereignisse abgewartet werden müssen, doch wird es als sehr wahrscheinlich bezichtigt, daß die Reichsregierung sich gegenüber der Ausrufung der Kätereplik nicht passiv verhalten und zu einer Reichsaktion schreiten wird.

Schwere Verluste der bayerischen Kätereplik.

WTB. Nürnberg, 11. April. Nach Blättermeldungen wurde in der gestrigen Sitzung des A- und S-Kates in Rücksicht die Kätereplik mit Mehrheit abgelehnt und die Kätereplik in Bamberg gestrichelt. In Regensburg wurde gestern mit 13 gegen 5 Stimmen der Entschluß, die Kätereplik einzuführen, wieder aufgehoben.

Die Gefahr der völligen Stilllegung des Bahnverkehrs.

Kassel, 11. April. (Eig. Drahtnachricht.) Die Eisenbahndirektion Kassel erklärt, daß durch den Streik im Ruhrgebiet die Gefahr der völligen Stilllegung des Bahnverkehrs entstehen könne. Wegen Kohlenmangel fallen zunächst vom 11. d. M. ab eine große Anzahl Personenzüge auf allen Strecken aus.

Keine Notstandsarbeiten in Essen mehr.

WTB. Essen, 11. April. Eine Delegiertenkonferenz der westlichen Bergleute in Reckwig protestierte scharf gegen die in Essen im Beisein der Führer der großen Arbeiterverbände geführten Verhandlungen, da nur die Reuener-Kommission berechtigt sei, zu verhandeln. Ebenso wurde gegen die Verschaffung der Reuener-Kommission und gegen die Verschaffung von etwa tausend Notstandsarbeiten protestiert. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die gesamte Bergarbeiterchaft des Ruhrgebietes erhebt flammenden Protest gegen die brutale Vergewaltigung der Vertreter der Bergarbeiter und erwartet von der Regierung die sofortige Freilassung der Mitglieder der Reuener-Kommission und sämtlicher politischer Gefangenen. Die Konferenz verlangt die unverzügliche Erfüllung der Forderungen der Bergleute und erklärt, daß die Notstandsarbeiten nicht eher wieder aufgenommen werden, bis der Belagerungsstand aufgehoben ist und die Regierungstruppen zurückgezogen sind. Der Streik werde so lange fortgesetzt, bis die Reuener-Kommission seine Beendigung erklärt.

Die Lage in Magdeburg.

Antunft des Freikorps Görlitz.
WTB. Magdeburg, 11. April. Die letzte Nacht ist, abgesehen von einigen unbedeutenden Schieberien, ruhig

verlaufen. Die Arbeit ist allgemein wieder aufgenommen. Generalmajor Maercker hat ein Flugverbot für alle Flugzeuge erlassen, die nicht zum Bundesjäger-Korps gehören. Als weitere Verstärkung ist inzwischen das Freikorps Görlitz unter Oberstleutnant Kumpels hier eingetroffen. In Magdeburg sind auch einige Motorboote stationiert, die den Postdienst zum Schutze der Lebensmitteltransporte auf der Elbe versehen.

Die letzten Kämpfe in Düsseldorf.

Düsseldorf, 11. April. (Eigene Drahtnachricht.) Da das Elektrizitäts- und Gaswerk in der letzten Nacht ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, ist seit heute Morgen der Telefonverkehr, der seit Mittwoch nachmittag gestoppt war, wieder freigegeben. Bei den Kämpfen am Mittwoch Nachmittag und abends, die sich bei der Zerschlagung der Altstadt entspannen und bei denen Barrikaden errichtet und die Truppen mit Handgranaten, Maschinengewehren und Gewehren heftig beschossen wurden, ist das Militär endlich mit schweren Mörsern und Artillerie vorgehen mußte, ab es annähernd 60 Verwundete und 8 Tote. Zwei Regierungssoldaten waren am Vormittag heimtückisch erschlagen worden. Gestern Abend kam es wiederum zu Kämpfen, die aber nicht mehr so ernsten Charakter wie am Vorabend hatten. Gegen 12 Uhr nachts suchte eine Bande mit Handgranaten und Gewehren den Hauptbahnhof zu säubern, wurde aber von der Belagerung nach dem Bahnhof zurückgedrängt. Dabei gab es an Verwundeten 3 Regierungssoldaten und 10 Sparsatisten.

Fortgesetzte Kämpfe in Essen.

WTB. Essen, 11. April. Die Lage hat sich bis heute wenig verändert. Die Strafendämmerung hat ihren Betrieb noch nicht aufgenommen. Die Gasarbeiten verfahren weiter im Streik. Gestern wurde die Essener Volkswache vom weisfälligen Freikorps Bismarck wegen ihrer Unzuverlässigkeit aufgelöst und entlassen. Zwischen Regierungstruppen und Aufständigen kam es im Laufe des Tages zu zahlreichen Zusammenstößen. Immer wurden Postämter überfallen und namentlich Regimentsgruppen, wenn diese sich in kleinerer Anzahl auf der Straße sehen ließen, angefallen. Die Regierungstruppen haben dabei eine erhebliche Anzahl von Verwundeten zu beklagen. Auf der Gegenseite ist eine größere Anzahl Toter zu verzeichnen. Die Ruhe wurde wiederhergestellt, als die Regierungstruppen größere Kräfte einstellten.

Frankzösische Kapitulation in Odessa.

WTB. Berlin, 10. April. Im Gegenzug zur Spaniens-Meldung, nach der die Ententeerupten Odessa geräumt hatten, meldet ein französisches Südrussland-Korrespondenzbureau, daß die französische Belagerung von Odessa nach hartnäckiger Verteidigung kapituliert hätte.

Wie lange bleibt Wilson in Europa?

Lugano, 11. April. (Eigene Drahtnachricht.) Der Pariser Sonderberichterstatter des „Secolo“ demontiert das Gerücht von der baldigen Abreise Wilsons. Der Präsident der Vereinigten Staaten sei seit Entschlossen, so lange in Europa zu bleiben, bis der Waffenstillstand geschlossen ist.

Gegen eine Bestrafung des Kaisers.

Saag, 11. April. (Eig. Drahtnachricht.) Die amerl. Anstalt und japanische Kommission auf der Pariser Konferenz lehnte den Vorschlag, die Bestrafung des Kaisers zu fordern, ab mit der Begründung, daß ihre Aufhebung über das Wesen der Herrscherwürde dieses nicht zulasse.

Ein dritte „Regierung“ in Bayern.

Berlin, 11. April. Wie das „B. Z.“ meldet, hat es der russische Botschaftsattaché Dr. Revin's verstanden, im letzten Augenblick nach München zu kommen. Er hat zusammen mit dem Münchener Kommunistenführer Dr. Levin die Führung der dritten Regierung übernommen, die Bayern jetzt übernehmen. Die kommunistische Bewegung in München ist, einer unentzerrlichen Korrespondenzmeldung zufolge, von der Schweiz mit russischer Geldhilfe versehen worden, wofür der Reichsregierung schon vor der Proklamierung der Kätereplik Rücksicht zugegangen waren.

Hilf dir selber!

Sensationelle Zahlen des Bauernrates von Liebenwerda.

Die Entente hat uns die ersten Lebensmittel gesandt. Fast täglich gelangen jetzt Vorräte in die Zeitungen, nach denen in Hamburg oder anderen deutschen Städten Schiffe mit ausländischen Nahrungsmitteln angekommen sind. Das läßt mancherorts die Hoffnung aufkommen, als ob dadurch die Ernährung des deutschen Volkes eine bessere werden könnte. Hier gilt es zu warnen, um vor einer Enttäuschung zu bewahren. Unsere Ernährungslage ist eine sehr traurige, daß die aus dem Ausland kommenden Lebensmittel in der Hauptsache nur da zu finden sind, um die Verteilung des bisherigen Quantums zu sichern. Es ließe unersättliche Hoffnungen erwecken, wenn man sagen wollte, daß z. B. das bisher zur Verteilung kommende Getreidequantum auf die Dauer und regelmäßig erhöht werden könnte. Und selbst wenn die Entente uns so viel Lebensmittel zur Verfügung stellen würde, daß es eine Erhöhung der Rationen möglich wäre, dann bliebe immer noch die schwer lösbare Frage übrig: Wie wollen wir bezahlen? In offiziellen Meldungen ist in den letzten Tagen schon darauf hingewiesen worden, daß es uns an Zahlungsmitteln fehlt, um eine wesentliche Besserung unserer Ernährungslage zu erzielen. Wir können nicht die letzten Goldvorräte herausströmen, wenn unsere Währung nicht völlig zusammenbrechen soll. Das wir aber andere Zahlungsmittel nicht haben, dafür hat die unfähige Streifenkassa gründlich gesorgt. Das Ausland würde gern Kohlen, Eisen und Kali in Zahlung nehmen und dafür Lebensmittel liefern. Aber alle drei Artikel fehlen uns ja durch die verbrecherischen Streiks selbst. Die fürchterlichen Folgen der Waffenstreiks bestehen gerade darin, daß unsere Ernährung eine immer schlechtere werden muß.

Wer diese Lage überblickt, muß zu dem Schluß kommen: Wir dürfen uns nicht zu sehr, nicht einzig und allein auf das Ausland verlassen. Nach wie vor müssen wir uns sagen: „Hilf dir selber, so hat da das Ausland dir geholfen.“ Es macht den Eindruck, als ob die Frage, wie helfen wir die Erfassung der Nahrungsmittelproduktion im Inlande, nur zu sehr vernachlässigt wurde, als ob wir allzufröhlich alles Heil von der Entente erwarteten. Das genaue Blühen, Wachsen und Gedeihen des Schleichhandels zeigt uns, daß immer noch große Mengen von Lebensmitteln der Allgemeinheit entzogen werden. Hier könnte den lokalen Mätern, insbesondere aber den Bauernräten eine große vaterländische Aufgabe erwachsen. Vereinzelt wird von den Bauernräten nach dieser Richtung schon in fegensreicher Weise gewirkt. Das erfordert, daß zwischen den Mätern und den leitenden Kreisen (Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Landrat) ein harmonisches Verhältnis bestesse. Die Mätere dürfen sich nicht darauf verlassen, daß ihnen über alle anderen Instanzen eine Frei Kommandogewalt aufsteht und andererseits müssen die Verwaltungsbefehle den ersten Willen zeigen, mit den Mätern gemeinsam arbeiten zu wollen. Vor uns liegen zwei Berichte, die da zeigen, wie gearbeitet werden kann. In dem Bittenberger A. M. A. erschienen der Erste Bürgermeister Dr. Heilmann und der Landrat von Trebra; man verständigte sich, soweit das der Bericht beurteilen läßt, gut. Das wird immer der Fall sein, wenn man die Reibungsflächen vermindert oder besser ganz zu beseitigen sucht. Ein noch besseres Bild liefert der Bericht über eine Sitzung des Bauern- und Landarbeiterrats in Liebenwerda. Auch dort arbeiten Verwaltung und Mätere gut miteinander. Es wurde die Forderung beschlossen, daß als Erzeugerhöchstpreis für ein Ei 50 Pf. und als Händlerhöchstpreis 55 Pf. genüge. Diese Forderung soll dem Reichs-ernährungsminister unterbreitet werden. Die Bauern

